2. Allgemeine Darstellung und Einschätzung der Entwicklung

2.1. Zur Entwicklung 1991 – 1996

In Sowjetzeiten waren die Archive für westliche Forscher so gut wie verschlossen; allenfalls drittrangige Materialien wurden ausgehändigt. Erst ab 1989 durften die ersten westlichen Forscher in den Archiven arbeiten. Die eigentliche Öffnung der Archive begann mit dem Ende des Kommunismus im Jahre 1991. Am 24. August 1991, wenige Tage nach dem gescheiterten Putsch der Moskauer Altkommunisten, erließ Rußlands Präsident Boris Jelzin ein Dekret, kraft dessen er die Archive der KPdSU und des KGB der russischen Regierung unterstellte. Vor russischen wie ausländischen Forschern eröffneten sich nun Arbeitsperspektiven, von denen sie früher nicht zu träumen wagten.¹

Das zentralisierte sowjetische Archivsystem wurde seitdem grundlegend reformiert: Die alte Archivverwaltung GLAVARCHIV wurde nach dem Ende der Sowjetunion durch ROSKOMARCHIV, das Komitee für Archivangelegenheiten bei der Regierung der Russischen Föderation, ersetzt. Seit Dezember 1992 nennt sich die Institution ROSARCHIV, ein Kürzel, das für „Staatlicher Archivdienst der Russischen Föderation“ steht.² Der Behörde unterstehen alle etwa 2.200 staatlichen Archive Rußlands³ mit Ausnahme der Militärarchive, des Archivs des Außenministeriums und des Präsidenten-Archivs im Kreml. Der Kampf um die Bewilligung staatlicher Mittel, die Suche nach westlichen Partnern und die grundlegende Neuorganisation des russischen Archivwesens waren die wichtigsten Arbeitsfelder von ROSARCHIV. Das im Herbst 1991 eingebrachte Archivgesetz, das den Archivbetrieb verbindlich regeln sollte, wurde nach mehreren Anläufen im Juli 1993 vom Obersten Sowjet Rußlands verabschiedet. Die rechtliche Gleichstellung von ausländischen und russischen Forschern, die Freigabe von Dokumenten nach Ablauf von 30 Jahren und eine Sperrfrist für personenbezogene Akten von 75 Jahren wurden darin festgelegt. Allerdings haben Archivleiter kritisiert, daß das Gesetz allenfalls ein „Manifest“ sei, entscheidende Fragen hingegen nicht regle. Die Situation der Archive in Rußland ist jedenfalls trotz des Archivgesetzes ziemlich uneinheitlich. Die folgenden Einschätzungen sind daher nicht ohne weiteres auf alle russischen Archive übertragbar.

Die für die Benutzer beste Zeit in den beschriebenen Archiven waren die Jahre 1992 und 1993. Die neuen, liberal gesinnten Archivdirektoren, die im Laufe des Jahres 1992 eingesetzt wurden, konnten weitgehend selbständig über die Herausgabe von Dokumenten entscheiden. Sie taten dies häufig zum Nutzen der Forschenden. Die ersten Ergebnisse der freizügigen Forschungsmög-

1 Zur Situation der sowjetischen bzw. russischen Archive bis Ende 1991 vgl. den Aufsatz von Patricia Kennedy Grimsted: *Beyond Perestroika: Soviet-Area Archives after the August Coup*. In: *American Archivist*, Vol. 55, Number 1 (Winter 1992), S. 94-122.

2 Die Satzung von ROSARCHIV ist abgedruckt in „Otečestvennye Archivy“ (weiterhin: OA), 1993/2, S. 3-7.

3 Die Zahl bezieht sich auf den 1.9.1992. Siehe R. G. Pichoja: *Sovremennoe sostojanie archivov Rossii*. In: *Novaja i novejšaja istorija* 1993/2, S. 3-10.

lichkeiten erscheinen gegenwärtig als historische Veröffentlichungen auf dem Buchmarkt. Mit ausländischen, vor allem amerikanischen Partnern haben die Archive mehr oder weniger detaillierte Archivführer herausgebracht und Kooperationsverträge geschlossen (genauerer siehe unten). Dies scheint für eine voranschreitende Öffnung und Normalisierung in den russischen Archiven zu sprechen.

Seit 1994 ist jedoch ein gegenläufiger Trend zu beobachten: Schon freigegebene Dokumentenbestände wurden wieder ganz oder teilweise gesperrt. Dies gilt insbesondere für die ehemaligen Parteiarchive der KPdSU. Historiker sahen sich mit der Tatsache konfrontiert, daß gestern noch zugängliche Materialien heute wieder „geheim“ sind. Die neuen Zugangsbeschränkungen gelten insbesondere für die Kriegs- und Nachkriegszeit; aber auch für die zwanziger und dreißiger Jahre wurden ehemals zugängliche Akten wieder unter Verschuß genommen. Für die Historiker, die ohne „Sonderbeziehungen“ und Unterstützung von Organisationen in den Moskauer Parteiarchiven forschen, gilt die Periode von Ende 1991 bis 1993 angesichts der neuen Restriktionen mittlerweile bereits als Zeit „traumhafter“ Forschungsmöglichkeiten.

2.2. Schwierigkeiten des Zugangs

Als Gründe für die Einschränkung der Benutzung sind zu nennen: verschiedene kleinere und größere Skandale im Ausland, durch die Veröffentlichung „heißer“ Dokumente hervorgerufen, und die breite Diskussion über die Rückgabe der „Beutegüter“, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in die Sowjetunion transportiert wurden. Nicht zuletzt diese Debatte hat die Archive in den innenpolitischen Streit hineingezogen. Mit neuen Regeln wurde der „Selbstherrlichkeit“ der Archivdirektoren in bezug auf die Freigabe von Dokumenten ab Mitte 1993 ein Riegel vorgeschoben: Die Entscheidung über „geheim“ oder „nicht geheim“ wird heute durch eine staatliche Kommission gefällt, in der Vertreter verschiedener Behörden sitzen. Diese Kommission, offiziell schon im Sommer 1993 eingerichtet, hat ihre Tätigkeit Ende 1994 aufgenommen. Die bürokratische Prozedur zur Freigabe von Archivbeständen dauert gewöhnlich sehr lange, da die Kommission selten tagt und Expertisen von verschiedenen Spezialisten einzuholen hat.

Darüber hinaus sind Schwierigkeiten, an bestimmte Dokumente zu gelangen, im Gegensatz zu früheren Zeiten selten auf ideologische Vorbehalte oder den Bürokratengeist der Archivmitarbeiter zurückzuführen. Die Vorstellung, daß ein neuer „demokratischer“ Direktor einen unentwegten Dauerkampf mit den „alten Kadern“ der Archive zu führen habe, trifft in den hier besprochenen Archiven nicht oder nicht mehr zu.⁴ Natürlich wird man sich darüber klar sein müssen, daß ein Teil der über Jahrzehnte tätigen Mitarbeiter sich nur schwer von alten Verhaltensweisen trennen kann. Zu Zeiten der Herrschaft der KPdSU

⁴ Vgl. Bianka Pietrow-Ennker und Benno Ennker: Freier Zugriff auf Lenin. In: Die Zeit vom 4. Dezember 1993, S. 43.